

Klaus-Peter Puls:

Kommunalverwaltung leistungsstark und bürgerfreundlich organisieren!

Zu dem heute vorgelegten zweiten Gesetzentwurf der CDU-Landtagsfraktion für eine Reform der Kommunalverfassung erklärt der innen- und rechtspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Klaus-Peter Puls:

„Kommunale Selbstverwaltung ist Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger und keine kommunal- oder landespolitische Selbstbefriedigung. Es bleibt abzuwarten, wie viele Landesparteitage die CDU noch braucht, um einen verlässlichen Reformentwurf in das parlamentarische Verfahren einzubringen. Die SPD wird auf ihrem Parteitag Mitte Oktober über alle anstehenden Fragen einer Reform der Kommunalverfassung umfassend und abschließend beraten. Die SPD-Landtagsfraktion wird dabei die folgenden aus ihrer Sicht wesentlichen Gesichtspunkte zur Diskussion stellen:

1. Für die Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde kommt es darauf an, dass die kommunale Selbstverwaltung insgesamt effektiv ist und reibungslos funktioniert. Dafür, dass die Schulen ordentlich ausgestattet sind, dass genügend Kindergartenplätze geschaffen werden und dass alle verfügbaren kommunalen Dienstleistungen schnell und unbürokratisch erbracht werden, sind alle Amts- und Mandatsträger in den Rathäusern und Kreisverwaltungen gemeinsam verantwortlich.
2. Voraussetzung für eine vernünftige arbeitsteilige Organisation der Kommunalverwaltung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ist eine eindeutige Zuordnung und klare Aufteilung der Verantwortungsbereiche zwischen Ehren- und Hauptamt: Das Ehrenamt entscheidet – das Hauptamt setzt um. Dabei muss es

bleiben. Reformbedürftig ist der Bereich der Vollzugskontrolle. Hier wollen wir das Ehrenamt stärken durch verbesserte Kontrollinstrumente, verstärkte Berichtspflichten und Sanktionsmöglichkeiten.

3. Ob Bürgermeister und Landräte direkt gewählt werden, hat auf die sachgerechte Kompetenzverteilung innerhalb der Verwaltung keinen Einfluss. Direktwahlen stärken allerdings unmittelbar die kommunale Mitbestimmung und Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger und sorgen für eine gleichmäßige demokratische Legitimation der Verwaltungsorgane. Die SPD-Fraktion hat sich deshalb bei den bisherigen parlamentarischen Beratungen für die Beibehaltung der vorhandenen Direktwahlmöglichkeiten ausgesprochen.“ (SIB)